

Antrag

der Gruppe der PDS/Linke Liste

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuß gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes, bestehend aus elf Mitgliedern und je einem beratenden Mitglied der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe PDS/Linke Liste, eingesetzt.

I.

Der Ausschuß soll untersuchen, welche Rolle der Bundesnachrichtendienst (BND) im Zusammenhang mit Waffenexporten und militärischen Ausstattungshilfen an Drittländer spielt und welches Wissen und welche Verantwortlichkeiten darüber in der Bundesregierung existieren.

II.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu klären:

1. An welchen Waffenlieferungen war der BND in welcher Form seit wann beteiligt?
 - 1.1 Welche Waffentypen und anderen militärischen Ausrüstungsgegenstände wurden in welchem Umfang geliefert?
 - 1.2 In welche Staaten wurden Waffen und anderes militärisches Gerät geliefert?
 - 1.3 An welche Empfänger erfolgten die Lieferungen?
 - 1.4 In welcher Form und mit welchen Mitteln wurden diese Lieferungen jeweils vorgenommen?
 - 1.5 Auf wessen Veranlassung und in wessen Verantwortung erfolgten die Lieferungen?
 - 1.6 Wurden Lieferungen ohne Wissen der Bundesregierung durchgeführt?
 - 1.7 In welcher Form und in welchem Umfang hat der BND Waffenexporte anderer staatlicher Stellen unterstützt?
 - 1.8 In welcher Form und in welchem Umfang hat der BND Waffenexporte nichtstaatlicher in- und ausländischer Stellen unterstützt?

- 1.9 Haben sich die Aktivitäten des BND auf diesem Gebiet verstärkt, seit die Bundesrepublik Deutschland über Material der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) verfügt?
- 1.10 In welche Staaten wurde welches Material der ehemaligen NVA in welchem Umfang geliefert?
- 1.11 Welcher Art und welchen Umfangs waren die „Gegenleistungen“ der Empfängerstaaten oder -dienststellen?
2. Ist und war der BND an militärischer Ausstattungshilfe beteiligt?
 - 2.1 In welcher Form und in welchem Umfang war der BND im Rahmen materieller Ausstattungshilfe an Drittländer beteiligt?
 - 2.2 In welcher Form und in welchem Umfang war der BND im Rahmen personeller Ausstattungshilfe (u. a. Ausbildungsmaßnahmen) beteiligt?
 - 2.3 Auf wessen Veranlassung und in wessen Verantwortung erfolgten diesbezügliche Aktivitäten des BND?
 - 2.4 War die Bundesregierung über alle diesbezüglichen Aktivitäten des BND informiert?
3. In welcher Form und in welchem Umfang waren andere Dienststellen und/oder Ministerien der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere auch die Bundeswehr, an welchen Aktivitäten des BND bezüglich Waffenlieferungen und Ausstattungshilfen unterstützend, veranlassend oder auftraggebend beteiligt?
4. In welchem Ausmaß erfolgten die Aktivitäten des BND ohne Wissen der Bundesregierung, der parlamentarischen Kontrollinstanz und der eigenen Führung?

Bonn, den 30. Oktober 1991

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Aufdeckung der versuchten Waffenlieferung des BND an den israelischen Geheimdienst über den Hamburger Freihafen und die bisherigen diesbezüglichen Erklärungen der Bundesregierung lassen erkennen, daß die Lieferung von Kriegswaffen und anderem militärischem Gerät an Drittländer nicht nur zu „üblichen“ – also auch häufigen – Aktivitäten des BND gehören, sondern darüber hinaus offenbar in der Regel unter Umgehung der einschlägigen gesetzlichen Exportregelungen vorgenommen werden.

Weiter scheint der BND zumindest auf diesem Gebiet eine Art „Eigenleben“ – unabhängig von seiner politischen und fachlichen Führung sowie von den Kontrollinstanzen – entwickelt zu haben, das seine Aktivitäten jeglicher demokratischer Überprüfung entzieht und undurchschaubar macht. Insofern bleibt auch das mögliche Ausmaß der illegalen Aktivitäten des BND im Verborgenen und steigert das Geheimdiensten ohnehin eigene Gefährdungspotential für demokratisch verfaßte Gesellschaften.

